

17. Objektkredit für den Neubau der Berufsfachschule Winterthur

Antrag des Regierungsrates vom 14. Dezember 2022 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 26. September 2023

Vorlage 5882a (*Ausgabenbremse*)

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Ziffer römisch I untersteht der Ausgabenbremse.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Präsidentin der Kommission für Planung und Bau (KPB): Zu den Aufgaben der Kommission für Planung und Bau gehört bekanntlich die Vorberatung von Objektkrediten. Heute geht es um einen Kredit für die Bereitstellung von Schulraum auf der Berufsschulstufe, und zwar für den Schulstandort Winterthur. Insgesamt hat die KPB die Vorlage 5882, mit welcher der Regierungsrat dem Kantonsrat einen Kredit in der Höhe von knapp 79 Millionen Franken beantragt, an sechs Sitzungen beraten. Bereits hier sei der Verwaltung und der Regierung herzlich für die Beantwortung zahlreicher Fragen gedankt.

Hintergrund der Vorlage ist das auch künftig anhaltend hohe Bevölkerungs- und damit Schülerzahlenwachstum im Kanton, das führt klar zu mehr Schulraumbedarf. Bereits 2017 hatte der Regierungsrat einen entsprechenden Beschluss für eine Regionalstrategie Winterthur und Umgebung verabschiedet, dazu gehört auch die kantonale Berufsfachschule Winterthur für die Fachrichtung Detailhandel und Soziale Berufe. Der Schulraum für die Lernenden ist im Raum Winterthur seit fast 20 Jahren stark fragmentiert und die vielen Schülerinnen und Schüler sind auf sieben Schulstandorte in der Stadt Winterthur verteilt. Aufgrund der wachsenden Schülerinnenzahl musste in der Vergangenheit immer wieder Schulraum angemietet werden, ein Umstand, der bis heute andauert. Damit sind natürlich die Möglichkeiten, Gemeinschaftsräume, wie beispielsweise Turnhallen, Mensen oder Mediotheken, gemeinsam zu nutzen, beschränkt und der logistische und finanzielle Aufwand für die Abwicklung des Schulbetriebs verursacht weitere Kosten, ganz abgesehen davon, dass es aus pädagogischer Sicht nicht optimal ist. In diesem Zusammenhang liest sich der geplante Neubau an der Tösstalstrasse 29-31, in unmittelbarer Nähe der Stammschulhäuser Wiesental und Mühletal wie ein Befreiungsschlag, soll er doch nicht nur genügend Schulraum und Turnhallenraum bereitstellen, sondern auch künftige Schülerinnenzahlen aufnehmen können und die Aufhebung dezentraler Mietflächen ermöglichen.

Für den Neubau der Berufsfachschule Winterthur beantragt die Regierung nun die Bewilligung eines Objektkredits in der Höhe von 78,842 Millionen Franken, davon 75,762 Millionen Franken zulasten der Investitionsrechnung der Leistungsgruppe 8750, Liegenschaften, Verwaltungsvermögen, und 308 Millionen Franken zulasten der Investitionsrechnung der Leistungsgruppe 7306, Berufsbildung.

Inhaltlich geht es, wie bereits erläutert, darum, die dezentralen Schulstandorte an einem Campus an der Tösstalstrasse zu konzentrieren. Das sechsgeschossige

kompakte Gebäude soll dereinst von rund 1100 Lernenden pro Tag genutzt werden können. Insgesamt sind 64 Unterrichtszimmer und Gruppenräume vorhanden, davon sind 40 klassische Klassenzimmer. Die Ausrichtung der Schulräume soll ermöglichen, auf Änderungen der Organisationsstrukturen oder Raumnutzungen im Ausbildungsbetrieb zu reagieren. Der Neubau verfügt auch über eine unterirdisch angelegte Dreifachturnhalle, Vorbereitungsräume, Mehrzweckräume, eine Mensa sowie Arbeitsplätze für Lernende und Lehrpersonal.

Zur architektonischen Lösung der verschiedenen Ansprüche trägt ein Atrium bei, welches einerseits Erschliessungsfläche für die Unterrichtsräume ist, andererseits dank einer grossen oberlichtoptimierten Tageslichtausleuchtung für Aufenthalts- und Arbeitsräume genutzt werden kann. Von der Konstruktion her handelt es sich um einen Holz-Beton-Verbundbau. Dieser ist mit einer Fotovoltaik-Anlage auf dem darüber hinaus begrüntem Dach ausgestattet, ist an das Fernwärmenetz angeschlossen und nach Minergie-P-Eco-Standard geplant. Für den Aussenraum sorgt ein Landschaftskonzept einerseits für eine städtebauliche Einpassung der Freiflächen, andererseits für eine möglichst biodiversitätsfreundliche Aussenraumgestaltung.

Die KPB hat sich umfassend zum geplanten Neubau informieren lassen und diverse Punkte ausgiebig diskutiert. Dazu gehören neben der Ökologie und Wirtschaftlichkeit auch die Erdbeben- und Personensicherheit, die Akustik, die Begrünung sowie Kunst am Bau und das Brandschutzkonzept. Interessiert hat auch, dass die Turnhalle für den Sportunterricht der Berufsschule und den Vereinssport, nicht aber für den Wettkampfsport dimensioniert ist. Schliesslich forderte vor allem die Holz-Beton-Hybrid-Konstruktion die Kommissionsmitglieder und auch die Projektverantwortlichen konstruktiv und wirtschaftlich gleichermassen; das ist sehr interessiert. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, dass es in der Schweiz aktuell noch kein Projekt mit einer derartigen Konstruktion gibt, das bereits fertiggestellt worden wäre, und somit Vergleichszahlen fehlen.

Zentralster Diskussionspunkt aber, der während den Beratungen zu je einem Antrag der FDP und der GLP führte, waren die Kosten für den Neubau und die veranschlagten Reserven. Gerade in Bezug auf die durch die GLP beantragte Kürzung der Reserven um die Hälfte beschäftigte sich die KPB nochmals grundsätzlich mit der Frage der Baureserven, welche für Unwägbarkeiten im Projektverlauf angelegt sind. Der Antrag der GLP fand indes keine Mehrheit in der Kommission und es wurde auch kein entsprechender Minderheitsantrag gestellt.

Ich komme zum Fazit der Beratungen: Die Kommission stimmt der Bewilligung des Objektkredites grundsätzlich zu. Sie anerkennt mit Blick auf die auch künftig steigenden Schülerinnenzahlen den Bedarf an Unterrichtsräumen und Turnhallen und unterstützt die Strategie einer Zusammenführung der Schulräume und damit der Konzentration auf einen neuen, zentralen Schulstandort. So kann der Betrieb der Berufsfachschule optimiert und Anmietungen können reduziert werden. Aus der Sicht der Kommission ist der Bedarf an Schulraum grundsätzlich ausgewiesen. Die Verbindungen zu anderen Schuleinheiten in der unmittelbaren Nähe und damit die Möglichkeit, dass mehrere Schuleinheiten und auch die Öffentlichkeit vom neu geschaffenen Angebot profitieren können, haben überzeugt.

Für eine knappe Mehrheit der Kommission aus SVP und FDP – bei 14 Anwesenden gab der Stichtscheid des Präsidiums den Ausschlag für eine Mehrheit – sind die Kosten gemäss Antrag der Regierung allerdings zu hoch. Sie will den Objektkredit, wie erwähnt, deswegen um 3,75 Millionen Franken kürzen, was mit kostenoptimierten Lösungen geschehen soll.

Die Minderheit aus SP, Grünen, GLP und der Mitte hingegen beantragt, den Objektkredit gemäss Antrag des Regierungsrates zu bewilligen. Sie folgt damit der Argumentation der Projektverantwortlichen, wonach in den verschiedenen SIA-Planungsphasen (*Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein*) immer wieder Kosteneinsparungen vorgenommen worden seien. Im Zusammenhang mit dem Minderheitsantrag muss ich auf einen Fehler in den Materialien der Vorlage 5852a hinweisen: Mit der Minderheit hat damals in der Kommission auch die Vertreterin der Mitte, Marzena Kopp, gestimmt. Dies wurde so leider nicht in die Materialien übernommen, wofür ich mich entschuldige. Der Fehler ist auf der Website des Kantonsrates korrigiert und in Absprache mit Marzena Kopp wurde auf den erneuten Druck und Versand der Vorlage an den Kantonsrat verzichtet. Die Minderheit der KPB sieht sich in der Ablehnung des Kürzungsantrags durch die Argumentation der Verwaltung bestärkt. So geht sie davon aus, dass die Kürzung des Objektkredits in der geforderten Grössenordnung um 3,75 Millionen Franken eine Umplanung des Projektes zur Folge hätte, was zu einer Verzögerung des Projektes insgesamt führen könnte. Die Möglichkeiten, die Kosten weiter zu senken, beispielsweise bei Kunst am Bau, bei Akustikmassnahmen, Raucherunterständen oder im Bereich der Aussenraumgestaltung bezeichnet sie als zu gering. Momentan liessen sich aber weder die zeitliche Verzögerung noch die Kosten für die Umplanung einschätzen.

Die KPB-Mehrheit indes sieht sich gerade durch die Stellungnahme der Finanzkontrolle bestärkt. Diese hatte der KPB ihre Einschätzung zum Projektverlauf zugestellt. Die Finanzkontrolle empfand und empfindet es noch immer als störend, dass sich die Kosten pro Schulzimmer gegenüber der Machbarkeitsstudie im Rahmen des Projektwettbewerbs verteuert hatten, und forderte überdies eine bessere Passung von Bedarfs- und Projektplanung sowie Schülerzahlenprognosen.

Namens der KPB empfehle ich dem Kantonsrat die Annahme des Objektkredits mit der Kürzung um 3,75 Millionen Franken. Besten Dank.

Walter Honegger (SVP, Wald): Die SVP unterstützt den vorliegenden Kommissionsantrag der KPB und somit auch den darin enthaltenen Kürzungsantrag um 5 Prozent gegenüber dem ursprünglichen Regierungsantrag. Dieser Objektkredit für den Neubau der Berufsfachschule Winterthur in der Höhe von 79 Millionen Franken wurde notwendig, weil einmal mehr zusätzlicher Raum für die zu erwartende Steigerung der Schülerzahlen erforderlich wird und man damit diverse Anmieten auflösen kann. Bereits in der Kommissionsberatung hatten wir die Projektleitung angefragt, was es wohl bedeuten würde, wenn das Projekt sogar um 10 Prozent gekürzt würde. Aufgrund der Aussagen, dass das Projekt gänzlich umgekrempelt werden müsste, haben wir aber darauf verzichtet. Wir einigten uns dann in der Kommission auf eine Kürzung von 5 Prozent; dies darum, weil wir der Meinung

sind, dass das Projekt zwar sehr gelungen ist, aber dennoch gewisse Einsparungsmöglichkeiten vorhanden sein müssten. Gerade in der aktuellen, angespannten Situation und der Aussicht, dass wir die notwendigen Investitionen gemäss der langfristigen Immobilienplanung gar nicht stemmen können, macht es Sinn, bei konkreten Bauten halt dann doch etwas genauer hinzuschauen. Dies haben wir gemacht und darum nun auch der entsprechende Kommissionsantrag mit der enthaltenen Kürzung um 5 Prozent auf rund 76 Millionen Franken. Die SVP unterstützt also den vorliegenden Antrag. Dankeschön.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): Ich bin geneigt, mit einer Kritik auf meinen Vorredner zu reagieren, will aber mit einem Lob für das ausgereifte Projekt für den Neubau Tösstalstrasse beginnen. Zur Kritik: Einmal mehr verstehen die FDP und die SVP ihre Aufgabe nicht und verlassen die strategische Ebene. Ausgerechnet für Berufsfachschülerinnen und -schüler wollen Sie, liebe SVP, Abstriche in empfindlichen Bereichen wie Sicherheit und Akustik machen. Ich bitte Sie dringend, stimmen Sie unserem Minderheitsantrag zu.

Auf sieben Standorte ist die Berufsfachschule für Lernende im Detailhandel und in sozialen Berufen heute verteilt. Schon lange wartet man auf eine angemessene Sporthalle. Ein schöner funktionaler Neubau soll raschestmöglich über 1100 Studierenden pro Tag die dringend benötigten Schulräume bieten. Endlich können die dezentralen Anmieten aufgegeben werden.

Zum Projekt: Der markante Bau ergänzt den Campus Tösstal der Berufsfachschule mit einem grossvolumigen Gebäude. Durch das Erdgeschoss ist die Schule durchgängig offen zur Altstadt und in den umliegenden Stadtraum. Es verbindet die Allee der Tösstalstrasse mit dem Adlergarten und der Villa zur Platane. Die neue Schule will ein öffentliches und offenes Gebäude sein. Gebührend Platz wird den bestehenden grossen Alleebäumen gegeben. Die Dreifachsporthalle soll für Schule und Öffentlichkeit bereitstehen. Die Halle wird von beiden Seiten sehnlichst erwartet. Der Hochbau beinhaltet viel Unterrichtsräume, 40 an der Zahl, über sechs Obergeschosse. Diese führen zu einem stark frequentierten Atrium. Dem Schallschutz und der Akustik muss grosse Beachtung geschenkt werden. Das Weglassen von Glaswänden, wie dies die FDP vorgeschlagen hat, verändert die Akustik und die Brandschutzsituation.

Nun wurde also dieser Kürzungsantrag gestellt. Er würde grosse Verzögerungen mit sich bringen, denn es würden grosse administrative Aufwände für weitere Zwischenlösungen kommen. Das kostet viel, viel Geld und Zeit und Kraft. Wissen Sie eigentlich, was es bedeutet, Mietverhältnisse aufzulösen? Man könnte meinen, nein.

Die SP lehnt den Kürzungsantrag ab und stimmt für den Antrag gemäss Vorlage des Regierungsrates. Tun Sie dies auch, Danke.

Simon Vlk (FDP, Uster): In den letzten Jahren wurde der Schulraum der Berufsfachschule Winterthur aufgrund der stetigen Zunahme an Lernenden laufend erweitert. Mittlerweile ist der Schulraum an sieben Standorten über halb «Winti» verteilt. Durch die räumliche Distanz zwischen den Standorten können allgemeine

Räume, wie beispielsweise Mensa und Mediathek, nicht beziehungsweise nur eingeschränkt gemeinschaftlich genutzt werden. Der daraus resultierende betriebliche, organisatorische und finanzielle Mehraufwand ist hoch.

Der Neubau an der Tösstalstrasse verschafft dem Abhilfe. Der Gesamtbetrieb der Berufsfachschule wird durch die Zusammenlegung optimiert und auch der Stundenplan kann dadurch effizienter gestaltet werden. Deshalb spricht sich die FDP im Grundsatz klar für die Zusammenlegung der Standorte und das damit einhergehende Neubauprojekt aus. Auch persönlich bin ich ein grosser Anhänger unseres dualen Bildungssystems und setze mich für dessen Stärkung und Ausbau ein. Dennoch stellt die FDP einen Antrag zur Reduzierung des Objektkredits um 5 Prozent respektive um 3,75 Millionen Franken. Aus der Sicht der FDP ist das Kostenverhältnis bei diesem Projekt leider nicht stimmig. Der Neubau verfügt über eine kostenintensive Statik sowie über sehr grosszügige Erschliessungsflächen. Umso wichtiger ist es deshalb, sich im restlichen Projekt finanziell zu beschränken respektive im Detail kostenoptimierte Lösungen zu finden.

Nicht nur die FDP beschäftigt sich mit dem Kostenverhältnis dieses Projekts. Auch unsere Finanzkontrolle fühlte sich bemüssigt, einen ausführlichen Bericht zum Neubauprojekt an der Tösstalstrasse zu schreiben, in welchem sie sich den Kosten je Schulzimmer widmet. Wie Sie alle wissen, darf ich hier drin aufgrund der anwesenden Öffentlichkeit die Aussagen des Finanzkontrollberichts leider nicht im Detail zitieren. Umso mehr lade ich Sie dazu ein, sich den Bericht der Finanzkontrolle nochmals kurz vor Augen zu führen. Sicherheitshalber habe ich den Kontrollbericht nochmals an meine KPB-«Gschpänli» geschickt, damit diese ihn gleich zur Hand hätten bei Interesse.

Gute Architektur muss nicht teuer sein. Mein Lieblingsbenchmark für diese Aussage ist das private Lycée Français in meinem Bezirk Uster. Bricht man die Gesamtbaukosten des Lycées herunter auf die Aufwände je einzelnes Klassenzimmer betragen die Kosten grademal 0,87 Millionen Franken. Im Vergleich: Beim Neubau an der Tösstalstrasse kostet ein Zimmer fast 1,9 Millionen Franken. Somit ist jedes einzelne Zimmer an der Tösstalstrasse im Verhältnis zum Lycée Français mehr als doppelt so teuer. Wie erklären sich die doppelt so hohen Kosten? Am Design und der Nachhaltigkeit sollte es nicht liegen. Immerhin ist das Lycée ein Minergie-Eco-Bau und wurde von «Swiss Architects» zum Gebäude des Jahres 2017 gewählt. Auch im Verhältnis zu anderen vergleichbareren Bildungsbauten, welche von der öffentlichen Hand ausgeführt wurden, sind die Kosten an der Tösstalstrasse noch immer 20 bis 30 Prozent höher. Da müsste nach Meinung der FDP zumindest noch 5 Prozent Optimierungspotenzial drin liegen. Wir danken Ihnen für die wohlwollende Prüfung unserer Argumente und besten Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich): Die Anzahl Schülerinnen und Schüler an den Berufsschulen steigt, was einerseits erfreulich ist und andererseits Platz und entsprechende Räume benötigt. Um den Schulbetrieb effizient zu führen, ist eine Konzentration der Räumlichkeiten statt einer grossflächigen Verteilung auf verschiedene Standorte in der Stadt wichtig. Der neue Campus Tösstal wird drei

Standorte zusammenfassen, was zur Aufhebung von Mietflächen führen und den betrieblichen, organisatorischen und finanziellen Aufwand senken wird. Pro Tag werden rund 1000 Lernende den Campus mit seinen modernen und lichtdurchfluteten Unterrichtsräumen nutzen können. Um auf zukünftige Veränderungen im Ausbildungsbetrieb reagieren zu können und ein langlebiges Gebäude zu schaffen, ist eine flexible und nicht tragende Raumeinteilung wichtig. Und genau das wird im sechsgeschossigen Neubau umgesetzt, was langfristig verschiedene Nutzungen ermöglicht. Der Neubau wird gemäss Minergie-P-Eco-Standard und dem Gold-Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz erstellt. Wir begrüßen, dass neben ökologischen Materialien auch Verbundkonstruktionen zum Einsatz kommen, was eine Ersparnis von Material und einen geringeren Anteil grauer Energie ermöglicht. Auch die Energielieferung, die auf nachhaltige Weise über das städtische Fernwärmenetz erfolgt, und der Einbau von Fotovoltaik-Modulen auf den Dachflächen für einen grossmöglichen Eigenverbrauch sind die richtige Wahl. Das Eingraben einer Dreifachturnhalle ins Erdreich ist aus ökologischer Sicht nicht gerade eine gute Lösung, da sie viel graue Energie erfordert und hohe Kosten verursacht. In Anbetracht der Anforderungen an Sportflächen und der Höhenbeschränkungen aus dem Gestaltungsplan ist sie aber wohl die einzige Möglichkeit. Die unabhängige Erschliessung des Sportbereichs ermöglicht der Bevölkerung jedoch eine Nutzung von aussen, was zwingend notwendig ist. Der Anteil Gründachfläche fördert den ökologischen Ausgleich im Stadtgebiet sowie die Rückhaltung des Regenwassers. Die Umgebungsgestaltung beinhaltet Elemente zur Förderung der Biodiversität mit heimischen Baumarten, offenen Kiesflächen als Lebensraum für verschiedene Insektenarten, extensiv begrünte Dachflächen auf Gebäude und Velounterstand.

Wir unterstützen den Minderheitsantrag der KPB und sind dezidiert der Meinung, dass der Objektkredit in der Höhe von 78,842 Millionen, so wie er vom Regierungsrat beantragt wird, ungekürzt genehmigt werden soll. Das Projekt wurde bereits in vielerlei Hinsicht optimiert und es liegt eine ausgereifte Projektierung vor. Im Projektverlauf wurden bereits fundierte Kosteneinsparungen in der Höhe von rund 6 Millionen erarbeitet. Eine Kürzung der Kosten um 5 Prozent zum jetzigen Zeitpunkt, also zur Unzeit und ohne fundierten Hintergrund für diese Forderung, ist nicht zielführend und deshalb abzulehnen. Sie würde eine Anpassung der Bestellung sowie eine Umplanung bedeuten. Auch würden Mehrkosten in der Miete von Drittflächen anfallen, Unkosten in Millionenhöhe. Ausserdem ist die Realisierung gemäss Terminplan des HBA (*Hochbauamt*) bereits leicht im Verzug und würde sich durch eine Umplanung nur weiter verzögern. Es gibt keinen nachvollziehbaren Anlass, hier eine derartige Kürzung der Kosten zu fordern. Diese Forderung hätte viel früher im Rahmen des Projektierungskredites geäussert werden sollen. Zu diesem Zeitpunkt wurden die voraussichtlichen Kosten für das Bauvorhaben auf 65 Millionen Franken geschätzt. Seit dem Jahr 2020, dem Zeitpunkt der Genehmigung also, beträgt nur schon die Teuerung circa 15 Prozent und somit circa 9 Millionen. Der Antrag ist auch nicht mit unseren Prozessen zu vereinbaren. Die Grünliberalen genehmigen den Objektkredit, wie vom Regierungsrat beantragt.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Wir beschliessen über einen Objektkredit in der Höhe von fast 79 Millionen Franken für den Bau der Berufsfachschule in Winterthur. 79 Millionen, das ist natürlich sehr viel Geld. Wir können nun darüber streiten, was eine Berufsfachschule kosten soll, kosten darf. Wir können aber auch uns fragen, was uns die Berufsfachschule und damit die duale Bildung wert ist. Mit dem Bevölkerungswachstum, den unser Kanton aktuell erlebt und der auch für die kommenden Jahre prognostiziert ist, steigt der Bedarf an Infrastruktur, insbesondere auch im Bildungsbereich. Unsere Schulen leiden unter Platznot. Das betrifft auch die Berufsfachschule in Winterthur.

Das vorliegende Neubauprojekt soll nun Entlastung schaffen, indem Schulraum für 1100 Schülerinnen und Schüler gebaut wird. Das geplante Gebäude kommt in einer leichten, modernen Bauweise daher, wobei selbstverständlich die Nachhaltigkeit berücksichtigt wird. Auch werden städtebauliche Zeichen gesetzt, ohne dass dabei ein Prunkbau entsteht. Positiv hervorheben möchte ich das Atrium, das die Mitte des Gebäudes bildet und sich bis zum obersten Stock erstreckt. Damit kommt viel Tageslicht bis in die untersten Etagen. Tageslicht bringt eine natürliche Beleuchtung ins Haus. Damit wird einerseits elektrische Energie gespart werden können, andererseits fördert Tageslicht das physische und psychische Wohlbefinden und schafft eine angenehme Arbeitsumgebung, was sich auch auf den Lernerfolg positiv auswirken dürfte.

Wie erwähnt, die Platznot ist gross, ein pünktlicher Baustart ist wichtig. Daher steht der Kürzungsantrag der FDP in der Höhe von 3,75 Millionen Franken quer in der Landschaft und macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Würde man diesem Kürzungsantrag zustimmen, so müsste das Projekt überarbeitet werden. Die Überarbeitung würde Geld kosten. Der Baustart würde sich verzögern, die bestehenden sowie vermutlich weitere Schulräume müssten dazu gemietet werden; das kostet ebenfalls Geld. Der Antrag entbehrt somit der Logik. Man will Geld sparen, verursacht aber neue Kosten. Dieser Antrag kommt mehr einer Quengelei, einem «Tröteln» gleich. Wir wollen nicht tröteln, wir wollen nicht verzögern, sondern die Berufsbildung stärken. Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler eine gute, lernfördernde Umgebung erhalten, und wir fordern, dass der Baustart planmässig erfolgt, damit der dringend benötigte Schulraum zeitgerecht fertiggestellt werden kann.

Die Mitte bewilligt den Objektkredit gemäss Antrag Regierungsrat und lehnt den FDP-Kürzungsantrag ab. Besten Dank.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Der Schulraum der Berufsfachschule Winterthur ist momentan auf sieben Standorte in der Stadt Winterthur verteilt. Für den Neubau der Berufsfachschule Winterthur beantragt der Regierungsrat die Bewilligung eines Objektkredits, die Zahlen wurden heute bereits erwähnt. Inhaltlich geht es darum, die sieben dezentralen Schulstandorte in einem Campus an der Tösstalstrasse zu konzentrieren.

Ich mache hier meine Interessenbindungen bekannt: Ich unterrichte an einer Berufsfachschule mit Schulräumen auf lediglich drei Standorten verteilt. Es ist in der

Tat aufwendig und wir Lehrpersonen und teilweise auch die Lernenden rennen und fahren zwischen den Schulhäusern hin und her, manchmal auch mehrmals am gleichen Tag. Deshalb ist dieses Projekt zu unterstützen, wie vom Regierungsrat beantragt.

Das sechsgeschossige Gebäude soll von rund 1100 Lernenden pro Tag genutzt werden. Gesamthaft wird es 64 Unterrichtszimmer und Gruppenräume auf 8700 m² Hauptnutzfläche geben. Die Ausrichtung der Schulräume ermöglicht es, auf Änderungen der Organisationsstrukturen oder Raumnutzungen im Ausbildungsbetrieb zu reagieren. Alles basierend auf modernen, pädagogischen Grundsätzen, was wir sehr begrüßen. Der Holz-Beton-Hybridbau wird an das Fernwärmenetz angeschlossen, mit Fotovoltaik auf dem Dach ausgestattet und wurde nach SNBS- (*Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz*) und Minergie-P-Eco-Standard geplant. Nun zu den verlangten Einsparungen: Gemäss den Projektverantwortlichen wurden in den verschiedenen SIA-Phasen immer wieder Kosteneinsparungen vorgenommen, weshalb diese nun ausgeschöpft sind. Die Kürzung des Objektkredits um 3,75 Millionen Franken kann eine Umplanung des Projektes zur Folge haben, und so entstehen natürlich Mehrkosten. Zudem ergäbe sich eine zeitliche Verzögerung für die dringend benötigten Unterrichtsräume und die dezentralen Mietflächen blieben länger bestehen. Mit der Annahme des Kommissionsantrags generieren Sie einen unnötigen Aufwand und dies ist kontraproduktiv. Deshalb lehnen wir den sehr knapp zustande gekommenen Kürzungsantrag der Kommission ab und bitten Sie, den Minderheitsantrag zu unterstützen; dies auch, weil wir diese neue Berufsfachschule dringend brauchen.

Die Grüne Fraktion setzt sich konsequent für die Berufsbildung ein – immer. Bitte unterstützen Sie den Minderheitsantrag. Die Berufsbildung ist wichtig und soll es uns wert sein.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Das war der falsche Knopf. (Die Ratspräsidentin drückte versehentlich die Taste für den Gong, der die Ratsmitglieder im Foyer zur Abstimmung ruft.)

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Auch wir von der EVP unterstützen den Neubau der Berufsfachschule Winterthur. Es macht Sinn, wenn die aktuell unterschiedlichen Standorte in einem neuen Gebäude zusammengeführt werden. Wir begrüßen es, wenn Elektro- und Heizungsanlagen nach dem neuesten Stand der Technik erstellt werden und das Gebäude an das städtische Fernwärmenetz angeschlossen wird. Auch die geplante Gründachfläche mit Fotovoltaik-Modulen zeugt davon, dass das Thema Nachhaltigkeit bei den Baustandards der Baudirektion gelebt wird, nicht nur wertvoll für das Gebäude, sondern auch für ein kühleres Stadtklima in Winterthur. Ich freue mich für die lokalen Sportvereine, wenn sie dann in Zukunft die Turnhallenflächen für die Trainingseinheiten mitnutzen können. Wir stimmen dem Objektkredit zu und lehnen den Kürzungsantrag ab. Besten Dank.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Beim Sportforum wurde berichtet, wie wichtig Bewegung ist. Also zu allen, die jetzt hereingekommen sind, weil ich falsch geläutet habe: Bewegung macht glücklich (*Heiterkeit*).

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Wir wissen es alle, die Bevölkerung des Kantons Zürich wächst seit Jahren. Damit wachsen auch die Schülerinnen- und Studierendenzahlen. Mittlerweile besuchen mehr als 42'000 Berufsschülerinnen und -schüler eine der vielen Berufsfachschulen im Kanton Zürich. Weil die Schülerinnenzahlen stetig nach oben steigen, sind viele der Standorte zerstreut und in eingemieteten Liegenschaften. Um die eingemieteten Standorte aufgeben zu können, sind darum Neubauten nötig; so auch in Winterthur, wo die Berufsfachschule wie Winterthur an einem neuen Standort gebündelt wird. Sieben gemietete Standorte für Berufsschülerinnen im Detailhandel sowie im Bereich Soziale Arbeit, verteilt auf die ganze Stadt Winterthur, können so aufgegeben und in einem Neubau der Berufsfachschule Winterthur untergebracht werden. Dereinst wird die Berufsfachschule Winterthur Platz für 1100 Schülerinnen und Schüler bieten sowie eine Mensa, eine Mediathek und drei Turnhallen umfassen.

Die Alternative Liste stimmt dem beantragten Objektkredit von 78,842 Millionen Franken zu. Die Erfahrung zeigt, dass die Baudirektion nicht verschwenderisch unterwegs ist, sondern immer mit Augenmass baut. Wie wir auch von Theres Agosti und Nathalie Aeschbacher und Wilma Willi gehört haben, sind die Kürzungsvorschläge der Bürgerlichen nicht sehr ausgereift. Aus diesem Grund stimmen wir dem vollen Objektkredit zu. Für die Kostenoptimierer haben wir kein Gehör. Stimmen Sie mit uns dem Antrag des Regierungsrates zu. Die Berufsschülerinnen, die künftig in einem wunderbaren Holz-Beton-Hybridbau lernen dürfen, werden es Ihnen danken. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Stephan Weber (FDP, Wetzikon): Ich möchte mich zum Kürzungsantrag nochmal melden: Leider wurde aus meiner Sicht die Optimierung in der Projektentwicklung verpasst. Es wurden immer wieder Sparbemühungen umgesetzt, aber für mich zu wenig konsequent. Es ist nicht so, dass diese Kürzungsanträge keinen Sinn machen würden. Wenn man nur schon einen Punkt anschaut: Wir haben ein grosses zentrales Atrium, dort hat es Fluchtwege rundherum. Zwischen dem Atrium über fünf Geschosse wird alles voll verglast. Und jeder, der etwas vom Brandschutz versteht, weiss, dass Verglasungen für Brandabschlüsse sehr, sehr teuer wären. Man hätte es reduzieren können auf die Hälfte, man hätte Geld sparen können. Leider ist das nicht erfolgt. Bitte unterstützen Sie den Kürzungsantrag, auch um ein Zeichen zu setzen.

Andrew Katumba (SP, Zürich): Es ist schon erstaunlich, wie die FDP nicht zum ersten Mal bei Projekten und namentlich bei Objektkrediten, die über Jahre innerhalb der Verwaltung vorbereitet wurden, wo der Regierungsrat einen Planungskredit genehmigt hat, jetzt – ich sage es einmal so – fünf Meter vor der Ziellinie einen – man darf es durchaus sagen – teilweise unbedachten Kürzungsantrag platziert. Das ist natürlich legitim, das kann man machen, aber in diesem Fall – wir

haben es jetzt mehrmals gehört – macht dies keinen Sinn, weil gewisse Kürzungen, namentlich diese kurz vor der Ziellinie, eben zu Mehrkosten führen. Wir im Kantonsrat haben Instrumente entwickelt, die es uns in der Kommission, aber auch dem Rat ermöglichen, über mehrere Jahre die Planungskredite zu steuern. Das Instrument nennt sich LSI, Langfristige strategische Immobilienplanung. Dabei wird die Kommission einmal pro Jahr über mehrere Sitzungen über künftige Bauprojekte informiert. Wir haben dort die Möglichkeit, Rückfragen zu stellen. Wir haben dort die Möglichkeit, eben auch über das Budget dann Anträge zu stellen – das gab es auch schon mal –, um diese Immobilienprojekte entsprechend zu steuern. Es ist eben nicht das erste Mal, ich erinnere an das Forum UZH (*Universität Zürich*), wo man, weil man nicht wusste, wo man kürzen sollte, dann wieder einmal bei der Kunst am Bau gekürzt hat. Die Diskussion wirft auf diese Projekte und vor allem die Vorbesprechung wirklich ein bisschen ein schlechtes Licht. Ich bedaure das sehr, auch das, was dann morgen vielleicht in der Zeitung stehen wird. Ich bitte die Mitglieder der Kommission darum, sich dessen bewusst zu werden und zu sagen: Hört zu, wir sind bereit, eben hier Hand zu bieten, entsprechend auch zu schauen, wie man die Planung in Zukunft soweit steuern kann, dass sie dann auch zukunftsgerichtet ist, wenn es um die Kosten geht, dass man dann auch schaut, wo man dann kürzt und welche Materialisierung man dann verwendet. Aber in einem Objektkredit, eben fünf Meter vor der Ziellinie, macht das keinen Sinn, und ich bitte alle Anwesenden, das heute auch bei der Abstimmung so zu berücksichtigen. Besten Dank.

Simon Vlk (FDP, Uster) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte gerne auf meinen geschätzten Kollegen Andrew Katumba eingehen. Er hat sicher nicht unrecht, dass wir sehr kurz vor der Ziellinie sind. Es ist korrekt, dass der Kürzungsantrag zu einem sehr späten Zeitpunkt kommt, und ich bedaure das sehr. Wir hätten das sehr gerne früher gebracht. Der Antrag kommt jedoch nur deshalb so spät, weil wir als Kommission für Planung und Bau das Projekt erst zum jetzigen Zeitpunkt erhalten haben. Das heisst, die Planung bei den Bauprojekten, welche wir erhalten, ist bereits so weit fortgeschritten, dass jeder noch so kleine Redimensionierungswunsch einer kleineren Katastrophe gleichkommt und wahlweise eine Projektverzögerung und/oder komplette Umplanung verursacht. Aus diesem Grund wird die FDP schon bald einen Vorstoss einreichen, hoffentlich mit Ihrer Unterstützung, welcher ermöglichen soll, dass bereits zu einem früheren Zeitpunkt korrigierend in Projekte eingegriffen werden darf. Besten Dank.

Walter Honegger (SVP, Wald) spricht zum zweiten Mal: Liebe nicht Sparwillige, «im jetzigen Moment macht es keinen Sinn zu sparen», sagt Andrew. Ja, wann macht es den Sinn? Wann sind wir denn an der Reihe mit Sparen hier im Kantonsrat? Du hast recht, Andrew, mit der LSI. Wenn wir diese kürzen würden, dann hätten wir einen Spareffekt. Gerade in den letzten Wochen war die LSI bei uns in der Kommission. Und was haben wir gemacht? Wir haben vom Herrn Baudirektor

(Regierungsrat Martin Neukom) gehört «jährlich fehlen uns 400 Millionen Franken in den nächsten Jahren, um all die Vorhaben zu realisieren», da frage ich euch alle: Wie wollen wir denn dies lösen? Danke.

Roland Kappeler (SP, Winterthur): Als Winterthurer möchte ich es nicht unterlassen, der Baudirektion, dem Regierungsrat zu danken für das hervorragende Projekt, das städtebaulich gelungen ist, das dem Stadtklima guttun wird, und auch im Namen aller profitierenden Berufsschülerinnen und -schüler und aller sportbegeisterten Winterthurerinnen und Winterthurer, die diese Anlagen nutzen können, einen ganz herzlichen Dank.

Zum Sparantrag der FDP: Andrew Katumba hat eigentlich alles Wesentliche gesagt. Aus jahrelanger Erfahrung im Winterthurer Stadtparlament bin ich es gewohnt, relativ spontane Kürzungsanträge mit Begründungen wie heute – das Kostenverhältnis ist nicht stimmig, wir wollen Kosten optimieren – zu behandeln. Oft sind die Anträge durchgekommen. Allzu oft haben sie das Projekt verzögert, verteuert oder nachher in der Benutzung verschlechtert, und man musste nachbessern. Es ist nicht Aufgabe der Legislative, so detailliert in die Planung einzugreifen. Deshalb bitte ich Sie, den Minderheitsantrag zu unterstützen. Danke.

Wilma Willi (Grüne, Stadel) spricht zum zweiten Mal: Wenn man sparen will, dann darf man nicht mit Anträgen Mehrkosten und Verzögerungen auslösen. Sparen bedeutet ganz etwas anderes, so wie ich es verstehe. Ich denke, wir sollten auch darüber nachdenken.

Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich würde noch gerne kurz replizieren auf Herrn Honegger und Herrn Vlk: Sparen ist schon interessant, natürlich. Man muss auch wissen, wann, wo und mit welchen Hintergedanken man sparen will. Man muss eine Vision haben und die Prozesse, die dahinterstehen, auch verstehen und würdigen. Man kann nicht einfach den Rotstift rausnehmen und erratisch irgendwas zusammenstreichen und denken «Ja, jetzt machen wir dem Kanton einen Riesengefallen». Das muss schon Hand und Fuss haben, das einfach zum Thema «Sparen». Besten Dank.

Regierungsrat Martin Neukom: Der Kanton wächst, das wurde schon gesagt, und dieses Wachstum zeigt sich am Immobilienportfolio des Kantons respektive der Baudirektion. Wenn wir das anschauen, was geplant ist in den nächsten zwölf Jahren, und diese Projekte zusammenzählen, dann haben wir ein Portfolio von 7 Milliarden Franken Investitionen. 80 Prozent von diesen 7 Milliarden gehen in den Bereich Bildung. Das sind die Gymnasien, die Berufsschulen, die Fachhochschulen und die Universität, all das zusammen sind 80 Prozent unserer gesamten Hochbauinvestitionen.

Heute diskutieren wir über den Neubau der Berufsfachschule in Winterthur, einen Objektkredit mit 79 Millionen Franken. Ziel ist der Zusammenzug von aktuellen Mietverhältnissen, die in der ganzen Stadt verstreut sind, und Auffangen des Wachstums. Es ist ein Bau geplant für 1100 Schülerinnen und Schüler, also für

täglich 1100 Schülerinnen und Schüler. Noch ein Wort zur Ökologie: Es ist ein Minergie-P-Eco-Bau mit SNBS-Standard Gold. Es gibt Fotovoltaik auf dem Dach und einen Fernwärmeanschluss. Es wird mit Holz-Beton-Verbundkonstruktion gebaut, damit kann man die grauen Emissionen noch etwas reduzieren.

Nun zum Streichungsantrag, also zuerst zum Grundsatz: Wenn wir jetzt irgendetwas grundsätzlich nochmal anpassen würden, so wie es die freisinnigen Redner vorgeschlagen haben, dann müssten wir umplanen. Und das Problem mit der Raumplanung ist: Die Umplanung selber kostet Geld. Es würde natürlich viel Verzögerung bedeuten, denn die Umplanung braucht auch Zeit. Und auch diese Verzögerung würde wiederum Geld kosten, weil wir natürlich dann die externen Mietverhältnisse erst viel später ablösen könnten. Jetzt haben Sie gesagt, dass Sie gerne früher mitbestimmen würden vonseiten der Freisinnigen Fraktion. Ich kann das grundsätzlich nachvollziehen, möchte Ihnen aber Folgendes zu bedenken geben: Bereits heute ist die zeitliche Verzögerung durch die Kreditberatung in der vorbereitenden Kommission und nachher im Kantonsrat teilweise länger als ein Jahr. Für uns, aus baulicher Sicht, ist das eine grosse Herausforderung, eine grosse Schwierigkeit. Wenn Sie jetzt also das Bauprojekt schon zu einem viel früheren Zeitpunkt beraten wollen und dann, wenn es definitiv ist, nochmals, dann wird diese Zeitspanne einfach immer länger. Und je länger die Zeitspanne zwischen dem Moment, wo Sie entscheiden – und Sie haben einen Bedarf, Sie wollen etwas bauen –, bis zum Moment der Einweihung, je länger diese Zeitspanne ist, desto problematischer. Denn Sie müssen ja jeweils zehn Jahre in die Zukunft blicken, weil der Bau ja erst in zehn Jahren fertig ist. Sie müssen in die Zukunft blicken und sich überlegen, was der Bedarf dann in zehn Jahren sein wird. Und je länger diese Zeit ist, desto mehr Projektrisiken haben Sie, weil sich der Bedarf möglicherweise ändert oder weil irgendwelches Standards oder irgendwelche Bauvorschriften ändern. Deshalb: Wenn wir schneller bauen, ist das Risiko geringer, dass es grössere Abweichungen gibt. Was im Grundsatz nicht geht oder was sehr, sehr schwierig ist, ist, wenn Sie sagen «Wir wollen eigentlich das Gleiche, aber zu einem günstigeren Preis». Es ginge nur, wenn man sagen würde, man wolle auf grundsätzliche Leistungen verzichten: Man wolle einen Stock weniger, man wolle nur 900 Schülerinnen anstatt 1100 oder man wolle keine Turnhallen. Dann könnte man substanziell Geld einsparen. Wenn man aber nicht dazu bereit ist, Leistungen zu reduzieren, dann wird es auch sehr, sehr schwierig, entsprechend zu kürzen. Also wer nicht bereit ist zum Verzicht, der sollte auch keinen Kürzungsantrag stellen.

Bitte lehnen Sie den Kürzungsantrag ab und stimmen Sie dem Objektkredit zu. Besten Dank.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Minderheitsantrag Theres Agosti, Nathalie Aeschbacher, Jonas Erni, Andrew Katumba, Marzena Kopp, Thomas Schweizer, Wilma Willi:

I. Für den Neubau der Berufsfachschule Winterthur wird ein Objektkredit von Fr. 78 842 000 bewilligt. Davon gehen Fr. 75 762 000 zulasten der Investitionsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 8750, Liegenschaften Verwaltungsvermögen, und Fr. 3 080 000 zulasten der Investitionsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 7306, Berufsbildung. Die Kosten für die Übertragung der Grundstücke (Kat.-Nr. ST10226) vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen zum Buchwert von Fr. 5 730 000 sind im Objektkredit enthalten.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Theres Agosti Monn gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 94 : 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Nun stellen wir noch fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht aus 180 Mitgliedern, weshalb es mindestens 91 Stimmen braucht.

Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über die Ausgabenbremse

Für die bereinigte Ziffer I der Vorlage 5882a stimmen 117 Ratsmitglieder. Damit ist das erforderliche Quorum von 91 Stimmen erreicht.

II.–V.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.